

Kreisblatt für den Kreis Gießen.

Nr. 85

29. Juli

1916

Änderung der Postordnung vom 20. März 1900 betreffend.

Die nachstehend abgedruckte Verordnung des Reichskanzlers vom 12. Juli 1916 bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntnis.
Darmstadt, den 15. Juli 1916.

Großherzogliches Staatsministerium.
v. Ewald.

Bekanntmachung

betreffend Änderung der Postordnung vom 20. März 1900.
Vom 12. Juli 1916.

Auf Grund des § 50 des Gesetzes über das Postwesen vom 28. Oktober 1871 (Reichs-Gesetzbl. S. 347) und des Gesetzes, betreffend eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe, vom 21. Juni 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 577) wird die Postordnung vom 20. März 1900 wie folgt ergänzt und geändert:

1. Im § 16 „Verschluß der gewöhnlichen und einzuschreibenden Pakete, sowie der Sendungen mit Wertangabe“ erhält die Überschrift den Zusatz:

Kennzeichnung der von der Reichsabgabe (Gesetz vom 21. Juni 1916) befreiten Pakete.

Am Schlusse des Abs. 1 ist einzuschalten:

Von der Reichsabgabe (Gesetz vom 21. Juni 1916) befreite Pakete, enthaltend Zeitungen oder Zeitschriften, dürfen nicht durch Lacksiegel, Siegelmarken oder Prägedruck verschlossen sein. Sie müssen aber der Aufschrift einen weißen Zettel mit der groß gedruckten Bezeichnung „Zeitungen, Zeitschriften“ tragen. Der gleiche Vermerk muß auf der Paketkarte angebracht sein. Die Postanstalten sind berechtigt, die Öffnung der so gekennzeichneten Pakete zur Prüfung des Inhalts an Amtsstelle zu verlangen oder selbst vorzunehmen.

2. Im § 18 „Postaufträge zur Einziehung von Geldbeträgen und zur Einholung von Wechselaktzepten“ ist im letzten Satz des Abs. XII statt „400“ zu setzen 800.

3. Im § 37 „Gebühren für Briefe im Orts- und Nachbarortverkehr“ ist im Abs. 1 statt „im Nichtfrankierungsfalle 10“ zu setzen:

im Nichtfrankierungsfalle das Doppelte.

4. In demselben § (37) erhält der Absatz IV folgenden Wortlaut:

IV. Für unzureichend frankierte Briefe wird dem Empfänger das Doppelte des Postbetrags angefordert, nötigenfalls unter Wrundung auf eine durch 5 teilbare Pfennigsumme aufwärts.

5. Im § 39 „An wen die Bestellung geschehen muß“ ist im 1. Satz des Abs. VII beibehalten statt „400“ zu setzen: 800.

6. Im § 45 „Behandlung unbestellbarer Postsendungen am Bestimmungsorte“ ist im letzten Satz des Abs. II das Wort „Porto“ zu streichen. In demselben § (45) ist im Absatz IV statt „des Portos“ zu setzen:

der Gebühr.

7. Im § 48 „Nachlieferung von Zeitungen“ ist im 1. Satz statt „für“ zu setzen:

find,

die Worte „das Porto von“ sind zu streichen.

Im 2. Satz ist statt „Das gleiche Porto“ zu setzen:

Derselbe Betrag.

8. Im § 49 „Verkauf von Postwertzeichen“ ist im Abs. I als 2. Satz einzuschalten:

Postwertzeichen, deren Nennwert auf Bruchpfennige lautet, werden in Mengen durch 2 teilbar, sei es desselben Nennwerts oder verschiedener Nennwerte, auf ausdrückliches Verlangen jedoch auch einzeln unter Wrundung des Nennwerts auf volle Pfennige aufwärts abgegeben.

Übergangsvorschrift. Bei Briefen im Orts- und Nachbarortverkehr, die nach den bisherigen Vorschriften frankiert sind, wird in den Monaten August und September 1916 nur der Betrag von 3 Pfg. nachgehoben. Dasselbe gilt für Postkarten, die nach den bisherigen Vorschriften frankiert sind.

Vorstehende Änderungen treten am 1. August 1916 in Kraft.
Berlin, den 12. Juli 1916.

Der Reichskanzler.
J. B. Kraack.

Bekanntmachung

über die Bewirtschaftung des Grünkerns vom Reichsgetreidestelle.
Vom 15. Juli 1916.

Auf Grund des § 1 der Bekanntmachung über Grünkern vom 3. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 649) und des § 1 der Bekanntmachung über die Errichtung eines Kriegsernährungsamts vom 22. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 204) wird bestimmt:

Die Bewirtschaftung des Grünkerns nach Maßgabe der Bekanntmachung vom 3. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 649) wird der Reichsgetreidestelle übertragen.

Berlin, den 15. Juli 1916.

Der Präsident des Kriegsernährungsamts.
von Batocki.

Bekanntmachung

die Kartoffelversorgung betreffend. Vom 19. Juli 1916.

Zum Zweck der Regelung der Versorgung mit Kartoffeln wird in Ausführung der Verordnungen des Bundesrats

1. vom 4. November 1915, betreffend Ergänzung der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915,
2. vom 26. Juni 1916 über die Kartoffelversorgung
folgendes bestimmt:

§ 1. Höhere Verwaltungsbehörde ist der Provinzialausschuß; zuständige Behörde das Groß-Kreisamt; Gemeinde jeder im Sinn des Artikel 1 der Städte- und Landgemeinverordnungen gebildete Verband;

Kommunalverband der Kreis, sofern nicht in § 2 mehrere Kreise zu einem Verband zusammengefaßt sind.

Die den Kommunalverbänden und Gemeinden auferlegten Verpflichtungen sind durch deren Vorstand zu erfüllen.

§ 2. In je einem Kommunalverband werden vereinigt die Kreise:

a) Darmstadt, Dieburg und Groß-Gerau als Kommunalverband Darmstadt mit dem Sitz in Darmstadt;

b) Bidingen, Friedberg und Offenbach a. M. als Kommunalverband Offenbach mit dem Sitz in Offenbach;

c) Mainz, Bingen, Oppenheim und Alzen als Kommunalverband Mainz mit dem Sitz in Mainz.

§ 3. Für die in § 2a bis c bestimmten Kommunalverbände ist je ein Verbandsausschuß zu bestellen.

Derselbe hat zu bestehen:

1. aus den Kreisräten der beteiligten Kreise,

2. aus je 2 Vertretern dieser Kreise, die von jedem Kreisaußschuß aus seiner Mitte nebst je einem Erfahmann zu wählen sind.

Die Oberbürgermeister der Städte Darmstadt, Offenbach a. M. und Mainz haben je in dem für diese Städte zuständigen Verbandsaußschuß Sitz und Stimme; sie können einen Beigeordneten mit ihrer Vertretung betrauen.

Der Verbandsaußschuß ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder erschienen ist. Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Die beteiligten Kreise sind befugt, gegen die Beschlüsse des Verbandsaußschusses binnen der Auschlussfrist von einer Woche die Entscheidung unserer Abteilung für Landwirtschaft, Handel und Gewerbe anzurufen. Die Entscheidung ist endgültig.

Den Vorsitz in dem Verbandsaußschuß hat in dem Kommunalverband Darmstadt der Kreisrat des Kreises Darmstadt, in dem Kommunalverband Offenbach der Kreisrat des Kreises Offenbach und in dem Kommunalverband Mainz der Kreisrat des Kreises Mainz. Die Vorsitzenden haben die laufenden Geschäfte am Sitz des Kommunalverbandes zu führen.

Der Vorsitzende vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich. Er bereitet die Beschlüsse des Verbandsaußschusses vor und führt sie aus. Er trifft die zur Durchführung der Auschlussbeschlüsse sowie die zur Verwaltung und Regelung der Verbandsangelegenheiten erforderlichen Verfügungen mit Rechtswirkung für den Verband. Die Kreis- und Gemeindeverwaltungen sind gehalten, den Beschlüssen des Verbandsaußschusses und den Anordnungen des Vorsitzenden zu entsprechen.

Der Verbandsaußschuß kann Grundzüge für die Führung der Verbandsgeschäfte aufstellen. Insbesondere kann er eine Geschäftsstelle zur Führung dieser Geschäfte einrichten und anordnen, nach welchen Grundzügen ein Ausgleich zwischen Ueberfluß- und Bedarfsgemeinden im Kommunalverbandsbezirk stattfinden soll.

Die für die Verwaltung und den Geschäftsbetrieb des Kommunalverbandes erforderlichen Geldmittel haben die beteiligten Kreise nach Maßgabe der Beschlüsse des Kommunalverbands-Ausschusses unter anteilweiser Verteilung nach der Bevölkerungsziffer der letzten Volkszählung vorläufigweise aufzubringen. Gewinn und Verlust werden auf die beteiligten Kreise nach Maßgabe der Beschlüsse des Kommunalverbands-Ausschusses verteilt.

§ 4. Den Vorsitzenden der Kommunalverbände stehen die Befugnisse aus §§ 12 bis 14 der Verordnung des Bundesrats vom 4. November 1915, betreffend Ergänzung der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915, vorbehaltlich der in den §§ 12 und 13 dieser Verordnung vorgesehenen Zustimmung der Landeszentralbehörde, zu. Sie sind berechtigt, Höchstpreise nach § 4 der

Verordnung des Reichskanzlers über die Regelung der Kartoffelpreise vom 28. Oktober 1915 festzusetzen. Vor Erlass der in den vorbemerkten beiden Sähen bezeichneten Anordnungen sind die Kreisräte der beteiligten Kreise zu hören.

§ 5. Unsere Bekanntmachungen vom 5. Oktober 1915 über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung, und vom 6. November 1915 über die Ergänzung dieser Bekanntmachung bleiben, soweit im Vorstehenden nichts anderes bestimmt ist, aufrecht erhalten.

§ 6. Diese Bekanntmachung tritt am 16. August 1916 in Kraft. Vom gleichen Tage ab ist unsere Bekanntmachung vom 7. November 1915 (Reg.-Bl. S. 212) aufgehoben.

Darmstadt, den 19. Juli 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
v. Homberg.

Bekanntmachung

zur Ausführung der Verordnung über den Verkehr mit Verbrauchsgüter vom 10. April 1916 (Reichs-Gesetzblatt S. 261).
Vom 12. Juli 1916.

Auf Grund des § 10 Abs. 1 der Verordnung über den Verkehr mit Verbrauchsgüter vom 10. April 1916 (Reichs-Gesetzblatt S. 261) und des § 1 der Bekanntmachung über die Errichtung eines Kriegsernährungsamtes vom 22. Mai 1916 (Reichs-Gesetzblatt S. 402) wird folgendes bestimmt:

§ 1. In gewerblichen Betrieben darf Zucker bis auf weiteres nicht mehr verwendet werden zur Herstellung von

1. Bratlingen,
2. Christbaum- und Osterfaden,
3. Fruchtstrahlen,
4. Gelecksfrüchten,
5. überzuckernden Mandeln und Nüssen,
6. Schaumzuckerwaren und
7. künstlichem Honig.

§ 2. Die Reichszuckerstelle kann beim Vorliegen eines besonderen Bedarfs Ausnahmen gestatten.

§ 3. Zuwiderhandlungen werden nach § 19 der Verordnung über den Verkehr mit Verbrauchsgüter vom 10. April 1916 (Reichs-Gesetzblatt S. 261) mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehntausend Mark bestraft.

§ 4. Diese Bestimmungen treten mit dem 21. Juli 1916 in Kraft.

Berlin, den 12. Juli 1916.

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes.
v. Batocki.

Bekanntmachung.

Betr.: Feldbereinigung Lang-Göns.

In der Zeit vom 7. bis einschließlich 26. August 1916 liegen werktags auf dem Rathaus zu Lang-Göns die Arbeiten des Zuteilungsplans einschließlich der Grenzregulierung mit Großen-Linden und Kirch-Göns zur Einsicht der Beteiligten offen.

Es sind dies:

A zum Zuteilungsplan Lang-Göns:

- 2 Bände Zuteilungsverzeichnisse,
- 6 Bände Gütergeschosse I,
- 1 Band Zusammenstellung der Gütergeschosse,
- 4 Bände Gütergeschosse mit Zuteilungsplan,
- 1 Band Obstbaumabschätzungsverzeichnis,
- 1 Band Obstbaumgeschosse,
- 1 Verzeichnis der Zuschlagswerte,
- 36 Blatt Zuteilungsarten, aus denen auch die Bonitätssteigerungen zu ersehen sind.

B zur Grenzregulierung mit Großen-Linden und Kirch-Göns:

- 4 Zuteilungsarten,
- je 1 Heft Zuteilungsverzeichnis,
- je 1 Heft Gütergeschosse I,
- je 1 Heft Zusammenstellung der Gütergeschosse,
- je 1 Heft Gütergeschosse mit Zuteilungsplan.

Tagfahrt zur Entgegennahme von Einwendungen hiergegen findet daselbst

Montag, den 28. August l. Js., vormittags 8-9 Uhr statt, wozu ich die Beteiligten mit der Androhung einlade, daß die Nichterscheinenden mit Einwendungen ausgeschlossen sind.

Die Einwendungen sind schriftlich (Papier in A4-Größe) und mit Gründen versehen einzureichen.

Die Vorzeigung der neuen Grundstücke an Ort und Stelle, soweit solche noch erforderlich ist, beginnt Montag, den 21. August l. Js. Zusammenkunft hierzu vormittags 8 Uhr beim Rathaus.

Friedberg, den 17. Juli 1916.

Der Großherzogliche Feldbereinigungskommissär:
Schmittpahn, Regierungsrat.

Betr.: Den Verkehr mit Gerste aus dem Erntejahr 1916.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Groß-Bürgermeister der Landgemeinden des Kreises.

Nach Artikel 1 Ziffer 3 der Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichskanzlers über Gerste aus der Ernte 1916 (Kreisblatt Nr. 81 vom 24. Juli 1916) darf die in der vorjährigen Versteigerungsverordnung allgemein erlaubte Verarbeitungsversteigerung von Gerste aus dem den Landwirten zu belassenden Versteigerteile — seither die Hälfte, jetzt $\frac{1}{10}$ — zu Gräben, Gräben oder Wehl in den landwirtschaftlichen Betrieben nur noch auf Grund besonderer, durch das unterzeichnete Kreisamt auszufüllender Mahlkarten erfolgen.

Um rechtzeitig die erforderlichen Unterlagen hierfür zu erhalten, empfehlen wir Ihnen, ein Verzeichnis nach dem unten abgedruckten Muster aufzustellen. In dasselbe sind unter Spalte 1 bis 3 alle Gerstenbesitzer Ihrer Gemeinde in alphabetischer Reihenfolge, an der ein für allemal bei allen später noch erforderlichen Ueberichten streng festzuhalten ist, einzutragen. Alsdann sind die einzelnen Gerstenbesitzer darüber zu befragen, ob sie von der lediglich ihnen zustehenden Vergünstigung Gebrauch machen wollen oder nicht.

Nur im Falle der Bejahung sind die Spalten 4 bis 8 in entsprechender Weise von Ihnen auszufüllen, und es sind schließlich die gemachten Angaben durch die eigenhändige Namensunterschrift des Antragstellers in Spalte 9 als richtig anzuerkennen.

Da nach Art. III der eingangs erwähnten Bekanntmachung die vorjährige Versteigerungsverordnung erst am 30. September 1916 außer Kraft tritt, kann der Jahresbedarf erst für die Zeit vom 1. Oktober 1916 bis 30. September 1917 in Ansatz gebracht werden. Das Verzeichnis ist spätestens am 1. September l. Js. hierher vorzulegen. Eine zweite Ausfertigung des Verzeichnisses hat bei Ihren Akten zu verbleiben.

In dem mit dem Verzeichnis vorzulegenden Begleitbericht sehen wir einer Aeußerung darüber entgegen, welche der zu Ihrer Gemeinde gehörigen Mühlen mit Einrichtungen zur Versteigerung von Gersten-Gräben und Gersten-Gräben versehen sind. Bei dieser Gelegenheit empfehlen wir Ihnen, sich auch noch darüber zu äußern, ob Mühlen vorhanden sind, welche die Heferschälerei betreiben können.

Gießen, den 27. Juli 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Hfinger.

Muster.

Ord.-Nr.	Gerstenbesitzer		Beabsichtigt Gerste zu verarbeiten. Jahresbedarf in der Zeit vom 1. Okt. 1916 bis 30. Sept. 1917			Verwendungs-zweck des Versteigerteiles		Eigenhändige Namens-unterschrift des Antragstellers
	Name	Bornname	Gräben	Gräben	Wehl	zu Mahlung	zu Vieh-futter	
1	2	3	4	5	6	7	8	9

Betr.: Schlussprüfung der Aspiranten und Aspirantinnen des Schulamts im Herbst 1916.

An die Schulpflichtigen des Kreises.

Die 1. diesjährige Schlussprüfung für Aspiranten und Aspirantinnen des Schulamts beginnt am 23. Oktober l. Js., vormittags 8 Uhr, zu Darmstadt. Meldungen zu dieser Prüfung sind mit 1.50 M. Stempel versehen bis spätestens 1. September l. Js. bei uns einzureichen. Diejenigen Prüflinge, denen keine besondere Nachricht zugeht, haben sich am 23. Oktober zur Prüfung einzufinden.

Sie wollen den in Betracht kommenden Schulverwaltern und Schulverwalterinnen von Vorstehendem Kenntnis geben.

Gießen, den 26. Juli 1916.

Großherzogliche Kreisaußerkommmission Gießen.
A. W. Langemann.

Betr.: Statistik des Wein- und Obsttrages im Jahre 1916.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Groß-Bürgermeister der Landgemeinden des Kreises.

Mit Bezug auf unser Ausarbeiten vom 6. Juni 1907 (Kreisblatt Nr. 40) empfehlen wir Ihnen, auch in diesem Jahr zu geeigneter Zeit, etwa anfangs November, Erhebungen über den Wein- und Obsttrag unter Benutzung der Ihnen mit nächster Post zugehenden Formulare vorzunehmen und uns ein Exemplar des ausgefüllten Formulars bis spätestens 1. Dezember 1916 vorzulegen. Das zweite Exemplar ist für Ihre Akten bestimmt.

Gießen, den 24. Juli 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
S. L. Demmerde.